

# INSTITUT FÜR KULTURELLE INFRASTRUKTUR SACHSEN

INSTITUT FÜR KULTURELLE INFRASTRUKTUR SACHSEN  
D 0 2 8 2 8 G ö r l i t z K l i n g e w a l d e 4 0

Herrn Staatsminister  
Dr.-Ing. Albrecht Buttolo  
Sächsisches Staatsministerium des Inneren  
01095 Dresden

Görlitz, den 25. Februar 2009

Bearb.: Prof. Vogt

Tel.: +49/3581/4209421

Fax: +49/3581/4209428

Mail: institut@kultur.org

K:\institut\veranstaltungen dritter\2009\090226 SchlesMus  
Migration\vogt\Konzept\_Migrationszentrum\_090225.doc

c/c Herrn Volker Bandmann MdL  
Vorsitzender des AK VI der CDU-Fraktion  
Sächsischer Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

## Sächsisch-Polnisches Studienzentrum Zwangsmigration Görlitz/Zgorzelec

1. Idee, Zuständigkeit, Vorgehen.....	2
2. Drei Ebenen .....	3
3. Kontext .....	4
4. Migrationen konstituieren Europa.....	7
5. Politische Landkarten konstituieren das Bild Europas .....	8
6. Bevölkerungsaustausch als Instrument des Völkerrechts.....	9
7. Leid ist keine quantifizierbare Größe.....	11
8. Vertriebenenanteil in Görlitz/Zgorzelec .....	13
9. Die Zeit drängt I.....	17
10. Die Zeit drängt II.....	18
11. Struktur und Aufgaben eines Sächsisch-Polnischen Studienzentrums Zwangsmigration.....	20
11.1 Komplexität von Migrationsstudien am Beispiel eines Europäischen Schulbuchs .....	20
11.1.1 Staatsrecht.....	21
11.1.2 Volkswirtschaft.....	21
11.1.3 Historische Soziologie.....	22
11.1.4 Politikwissenschaft.....	22
11.1.5 Kunstwissenschaft .....	22
11.1.6 Psychologie.....	22
11.2 Archiv und Bibliothek .....	23
11.3 Studien .....	24
11.4 Europarats-Ausstellung .....	24
11.5 Wanderausstellungen .....	25
11.6 Medienarbeit.....	25
11.7 Unterstützung von Akteuren der Zivilgesellschaft.....	26
12. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten .....	26
13. Infrastruktur .....	27



Prof. Dr. phil. Dr. habil. Matthias Theodor Vogt

## 1. Idee, Zuständigkeit, Vorgehen

Die vom deutschen Bundestag im Dezember 2008 beschlossene „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist einer der zentralen Bezugsgrößen für die Identität Deutschlands gewidmet - der Vertriebenenanteil betrug 1950 im Westen der Republik 16%, im Osten 22% und in einzelnen Städten wie Görlitz 40%.

Die Stiftung FVV wird nur in engsten Grenzen selbst forschungsaktiv werden. Sie vermittelt gemäß Stiftungsgesetz<sup>1</sup> und zugrundeliegender Konzeption des BKM<sup>2</sup> Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse in Gestalt einer Dauerausstellung (1.200 m<sup>2</sup>) und von Einzelausstellungen (400 - 600 m<sup>2</sup>). Bei einer festgelegten Gesamtfläche von max. 2.000 m<sup>2</sup> und einem gewissen Bürobedarf verbleiben ca. 100 m<sup>2</sup> für ein (dementsprechend kleines) Dokumentations- und Informationszentrum.

Zweck und Mittel der unselbständigen Stiftung in Trägerschaft der – ad hoc gebildeten – Stiftung „Deutsches Historisches Museum“<sup>3</sup> sind:

### § 16

#### Stiftungszweck

(1) Zweck der unselbständigen Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.

(2) Der Erfüllung dieses Zweckes dienen insbesondere:

1. Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert, den historischen Hintergründen und Zusammenhängen sowie europäischen Dimensionen und Folgen;
2. Erarbeitung von Einzelausstellungen zu speziellen Aspekten der Gesamthematik;
3. Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen;
4. Sammlung, Dokumentation und wissenschaftliche Auswertung einschlägiger Unterlagen und Materialien, insbesondere auch von Zeitzeugenberichten;
5. Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen und Forschungseinrichtungen.

Ziffer 5 von Absatz 2 des § 16 begegnet der Schwierigkeit, daß eine einschlägige interdisziplinär und europäisch ausgerichtete Forschungsstelle bislang nicht existiert. Das 2005 von der deutschen und der polnischen Regierung angekündigte „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ hat seine Arbeit nie aufgenommen – über die selbstverständliche Vernetzung der Fachwelt hinaus hat eine länderübergreifende Aufarbeitung als Voraussetzung der Versöhnung noch kaum begonnen und stockt deshalb auch die politische Verständigung in aller Regelmäßigkeit.

Dieses Desiderat soll durch den folgenden Vorschlag zur Gründung eines Studienzentrums Zwangsmigration Görlitz/Zgorzelec auf landesgesetzlicher Grundlage in Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren als dessen genuiner Beitrag zur Nachhaltigkeit der 3. Sächsischen Landesausstellung „Via Regia“ (2011) geschlossen werden.

<sup>1</sup> Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ vom 29. Dezember 2008 (BGBl. I Nr. 64, S. 2891).

<sup>2</sup> Vgl. Konzeption des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 19.03.2008.

<sup>3</sup> Die Anführungszeichen beim DHM schließen den Begriff Stiftung aus, bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ dagegen ein.

Die Zuständigkeit des SMI für das Studienzentrum resultiert aus dessen vom Freistaat festgelegten Zuständigkeit für das Bundesvertriebenengesetz, insbesondere § 96 BVFG:

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz - BVFG)  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902),  
geändert durch Artikel 19 Abs. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840)

§ 96 Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung  
Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.

Vorgeschlagen wird eine zeitnahe Diskussion des Papieres zwischen SMI und Staatskanzlei unter Einbeziehung des Landtags mit dem Ziel einer baldigen Kabinettsvorlage für eine Entscheidung sowie die grundsätzliche Prüfung auf Förderfähigkeit (ggf. unter Vorziehung einzelner Aktivitäten).

Wünschenswert wäre – auch mit Blick auf die formale Nichtberücksichtigung Polens bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – die (ev. spätere) Erweiterung zu einem Sächsisch-Polnischen Studienzentrum Zwangsmigration entsprechend dem historischen und heutigen Verlauf der Via Regia in Verbindung beider Länder.

## 2. Drei Ebenen

Der Grundfehler der bald zehnjährigen Debatte um Flucht und Vertreibung, wenn es denn einen solchen Fehler überhaupt geben kann, war die Ineinssetzung dreier gänzlich unterschiedlicher Ebenen:

- der symbolischen und zukunftsbezogenen der Politik,
- der konkreten und vergangenheitsbezogenen der Wissenschaft,
- der lokal verankerten und gegenwartsbezogenen der Zivilgesellschaft.

Wissenschaft ist für symbolisches Handeln nicht als Akteur zuständig (für seine Analyse sehr wohl), Politik nicht für konkretes Forschen (für dessen Förderung sehr wohl). Beim Ringen um Deutungshoheit wiederum stehen sie in Demokratien in Konkurrenz mit allen anderen Akteuren der Zivilgesellschaft.

Diese Ebenen gilt es auseinanderzuhalten, wenn Clusterbildungen innerhalb der Politik sowie innerhalb der Wissenschaft und innerhalb der Zivilgesellschaft gelingen sollen; sie bedürfen unterschiedlicher Vorschläge.

### 3. Kontext

Flucht und Vertreibung sind im innerdeutschen Diskurskontext hochsensible Themata. Dies gilt nicht minder im mitteleuropäischen Kontext für „Abschub“ (CZ), „Transfer von Deutschen“ versus „Zwangsumsiedlung von Polen“ (PL), „Vertreibung nach West-Deutschland“ versus „Umsiedlung nach Ost-Deutschland“ (DE). Und im globalen Kontext für *ethnic cleansing / forced migration*.

Terminologische Vielfalt ist im kulturellen Kontext im Grundsatz ein positives Zeichen. Demokratische Gesellschaften werden *per definitionem* von Diskurspluralität geprägt. Ihre Harmonisierung (um *horribile dictu* einen Terminus aus der EU-Ökonomie zu verwenden) wäre dem lebendigen Fluß der Gesellschaftsentwicklung abträglich. Die Wurzel des Wortes Politik ist schließlich das altgriechische „poly“, mehr als eins. Politik lebt von der Auseinandersetzung zwischen *modernes et anciens* (18. Jahrhundert), links und rechts (19. Jahrhundert), Nationalen und Europäern (20. Jahrhundert), Transformationsgewinnern und Transformationsverlierern (21. Jahrhundert) und deren vielfältigen Mischformen. Zwar mißlingt offensichtlich die Clusterbildung, also die beidseitig aktive Suche nach einem gemeinsamen Nenner der Verständigung. Sie mißlingt innerhalb Deutschlands in der Frage der Zulässigkeit und den Formen einer nationalen Erinnerung an Flucht und Vertreibung; sie mißlingt zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in der Frage einer transnationalen Erinnerung; sie mißlingt auch zwischen den Nachbarn. Die mißlingende Clusterbildung aber zeugt genau betrachtet von der Vitalität und Koexistenz von Narrativen, die sich gegenseitig auszuschließen scheinen, die in ihrer Summe jedoch das Vielfarbenbild Europas und jeder einzelnen europäischen Stadt bestimmen.

Die Zielrichtung des vom Bund der Vertriebenen seit September 2000 zu initiieren gesuchten „Zentrums gegen Vertreibungen“ (nach Auffassung von Wolfgang Benz „ganz offensichtlich als erinnerungspolitischer Reflex auf die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas propagiert“<sup>4</sup>) löste nationale wie internationale Vorbehalte aus. Diese wurden besonders deutlich nach der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Sommer 2006 Berlin, Unter den Linden 1, der 2009 eine Ausstellung zur deutschen Siedlungs- und Kulturgeschichte in der Bayerischen Vertretung folgen soll. Der Aufruf „Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs“ im Umkreis einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom März 2004 blieb auf Wissenschaftskreise beschränkt.

Das als deutsch-polnische rot-grüne resp. sozialistische Regierungsinitiative im September 2005 begründete „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ mit Sitz in Warschau fiel in beiden Ländern faktisch dem Koalitionswechsel vom Herbst 2005 zum Opfer, was Hans Henning Hahn wie folgt kommentierte:

Vorausgegangen war im August 2003 die Danziger Erklärung der beiden damaligen Staatsoberhäupter Rau und Kwaśniewski; nach einer Absichtserklärung der vier Kulturminister Polens, der Slowakei, Ungarns und

---

<sup>4</sup> Wolfgang Benz: Zur Debatte: Flucht, Vertreibung, Versöhnung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (HG.): Dossier Geschichte und Erinnerung. Auch: [www.bpb.de/themen/xmhib5.html](http://www.bpb.de/themen/xmhib5.html).

Deutschlands vom 2. Februar 2005 [also ohne die Tschechische Republik; Anm. d. Verf.] folgte im September 2005 die Gründung des ‚Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität‘ als Stiftung in Warschau. Seitdem ist es eine offene Frage, ob nicht die neue deutsche Regierung mit der im Koalitionsvertrag [zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005] festgelegten Entscheidung, in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ (sprich ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘) zu errichten, die gemeinsame Geschäftsgrundlage des ‚Europäischen Netzwerks‘ verlassen habe, und das läßt die Zukunft des Unternehmens doch recht offen erscheinen.“<sup>5</sup>

Unmittelbar nach Abschluß des Koalitionsvertrages öffnete unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten im Dezember 2005 die in der Fachwelt gelobte Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland HGB, Bonn. Sie wurde anschließend im Deutschen Historischen Museum DHM Berlin sowie im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig gezeigt. Aus Elementen dieser Ausstellung soll nun eine Dauerausstellung im Berliner Deutschland-Haus geschaffen werden, die den Kern der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ bilden wird. Diese wurde Ende 2008 gemäß Bundestagsbeschluß als unselbständige Stiftung in Trägerschaft der – ad hoc gebildeten – Stiftung Deutsches Historisches Museum errichtet.<sup>6</sup> Der Bund stellt pro Jahr 2,5 Mio EUR zur Verfügung; eine inhaltliche, personelle und finanzielle Beteiligung der Länder ist nicht geplant. Im Konzept des BKM wird deutlich, daß die bisher nach § 96 BVG geförderten Aktivitäten mittelfristig in der Stiftung konzentriert werden könnten. Lapidar heißt es im Konzept: „Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen stellen die zahlenmäßig größte Einzelgruppe Vertriebener und Zwangsumgesiedelter dar“, während der spätere Gesetzestext sorgfältig jeglichen Bezug auf Deutschland bzw. die deutschen Vertriebenen vermeidet. Der dreizehnköpfige Stiftungsrat ist rein deutsch besetzt; neben Mitgliedern des Bundestags (2), der Bundesregierung (3), der Konfessionsgemeinschaften (3) und den Präsidenten von DHM und HGB (2) sollen drei Mitglieder durch den Bund der Vertriebenen e.V. benannt werden. Die eventuelle Mitgliedschaft der BdV-Präsidentin Erika Steinbach im Stiftungsrat löste im Februar 2009 erregte Proteste insbesondere in Polen aus, wo allerdings das (weitgehend inaktive) „Europäische Netzwerk“ zwischenzeitlich ein Appendix der nationalen Gedenkstättenstiftung wurde, was zumindest ein Widerspruch zur Ortlosigkeit der Migranten ist.

Wie eingangs dargestellt, wird die Stiftung FVV nur im engsten Rahmen selbst forschungsaktiv. Damit bleibt Karl Schlögels frühe Idee einer Forschungsstelle „Staatliche Gewalt und Bevölkerungsverschiebungen in Ostmitteleuropa im 20.

---

<sup>5</sup> Hans Henning Hahn: Sammelrezension zu: Kruke, Anja (Hrsg.): Zwangsmigration und Vertreibung - Europa im 20. Jahrhundert. Bonn 2006. Und zu: Faulenbach, Bernd; Helle, Andreas (Hrsg.): Zwangsmigration in Europa. Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Essen 2005. Unter [www.bohemistik.de/erinnern.html](http://www.bohemistik.de/erinnern.html); Kurzfassung Hahn, Hans Henning: Rezension 16 / 5491 (14.12.2006) unter: [hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen).

<sup>6</sup> Vgl. Konzeption des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 19.03.2008 und das vom Bundestag am 21.12.2008 beschlossenen Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (BGBl. I Nr. 64, S. 2891).

Jahrhundert“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder weiterhin unrealisiert. In ihr hätten „Massenumsiedlungen, ‚Transfer‘ ganzer Bevölkerungsgruppen, ethnischer Minderheiten und sozialer Klassen, staatlich sanktionierte Austreibung und Deportation im Massenmaßstab, Genozid, Bevölkerungsaustausch gemäß ständig sich verändernder Grenzen“ zwischen 1914 und 1950 erforscht werden sollen, also historisch korrekt auch unter Einbeziehung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs.<sup>7</sup>

Das im folgenden vorgelegte Konzept modifiziert Schlögels Anregung insofern, als es erstens Forscher aus verschiedenen Einrichtungen für gemeinsame Forschungsanträge und -vorhaben zusammenführt; als es zweitens Wissenschaft auch als Dienstleister für konkrete Multiplikationen ihrer Forschungsergebnisse für ein breites, eben ein europäisches Publikum versteht, hier wiederum besonders für die jüngere Generation und für jene Akteure der Zivilgesellschaft, die sich individuell oder als Gruppen mit der Thematik auseinandersetzen; und als es drittens den Blick auf Migration als eine der Grundkonstituenten der europäischen Geschichte und Gegenwart erweitert.

Der folgende Vorschlag greift Überlegungen auf, die in einer von Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej und Stefan Troebst gemeinsam geleiteten Darmstädter Konferenz erstmals formuliert und publiziert wurden.<sup>8</sup> Sie wurden durch Dieter Bingen und den Verfasser mit einer Studentengruppe der Hochschule Zittau/Görlitz in einem Workshop konkretisiert, da die Erfahrungen Jüngerer in die weitere Ausarbeitung miteinfließen sollte. Diese 32 Studenten waren nicht wegen der Thematik ausgewählt worden, sondern stellten eine ganz normale Matrikel dar und stammten mehrheitlich nicht aus der Region. Wie eine Umfrage ergab, hatten 80% unter ihnen mindestens einen Großelternanteil, der oder die aus Orten kam, aus denen Deutsche vertrieben wurden; ein Anteil, der zu denken gibt und zum Handeln auffordert.

Basis für die Ortswahl des vorliegenden Konzeptes ist der Vorschlag der „Kopernikus-Gruppe“ deutscher und polnischer Experten, Görlitz/Zgorzelec<sup>9</sup> als Hauptort für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen zu benennen:

**Hauptort könnte Görlitz/Zgorzelec sein.** Vertreibung ist das Schicksal der Bevölkerung in beiden Teilen der Stadt. Zehntausende deutsche Flüchtlinge von jenseits der Neiße prägten nach dem Zweiten Weltkrieg das deutsch gebliebene Görlitz diesseits der Neiße, zehntausende Menschen aus Zentralpolen, aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten und aus Griechenland (Bürgerkriegsflüchtlinge) wurden in Zgorzelec, dem polnisch

---

<sup>7</sup> Zitiert nach Hahn, siehe Anm. 5. Vgl. jetzt auch Karl Schlögel: Wie europäische Erinnerung an Umsiedlung und Vertreibung aussehen könnte. In: Kruke, Anja (Hg.): Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert. Bonn 2006.

<sup>8</sup> Vogt, Matthias Theodor: Historischer Anspruch und Potential der Europastadt Görlitz/Zgorzelec als möglicher Sitz des Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen. In: Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej, Stefan Troebst (Hg.): Historische Erfahrungen - Vergangenheitspolitik - Zukunftskonzeptionen. Wiesbaden 2003.

<sup>9</sup> Vogt, Matthias Theodor: Görlitz-Zgorzelec – Stadt auf der Grenze. In: Deutsches Polen-Institut (Hg.): Jahrbuch Polen 2007. Wiesbaden 2007.

gewordenen Teil der Stadt jenseits der Neiße, angesiedelt. Görlitz/Zgorzelec steht wie kein anderer Ort an der deutsch-polnischen Grenze für das Los der Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs.<sup>10</sup>

Das für Görlitz/Zgorzelec vorgeschlagene Sächsisch-Polnische Studienzentrum Zwangsmigration muß keine Dauereinrichtung werden. Vergleichsweise schnell könnte es seine Arbeit aufnehmen und diese binnen zehn Jahren so weit abschließen, daß die Arbeiten in den normalen Fluß wissenschaftlicher Beschäftigung übergeleitet werden können. Jetzt aber drängt die Zeit, gemeinsam zu handeln.

#### 4. Migrationen konstituieren Europa

Migrationen konstituieren Europa in einem weit stärkeren Ausmaß als gemeinhin angenommen. Der Blick auf das 20. Jahrhundert und seine Staatsterror-Regime stellt, daß Statik in ethnischer, demographischer, kultureller oder ökonomischer Hinsicht Europa geradezu fremd ist; daß solche Vorstellungen vielmehr Idealbilder des frühen 19. Jahrhunderts sind.

Das Ende der Antike und der Übergang zum sogenannten Mittelalter werden förmlich als Völkerwanderungszeit bezeichnet. In der Folge kam die slawische Wanderung westwärts bis ins heutige Baden-Württemberg;<sup>11</sup> die hunnisch-ungarische Wanderung bis zum Lechfeld bei Augsburg; die sarazenische Wanderung bis ins westfranzösische Poitou (siehe den bekannten Ziegenkäse Soigon Chabichou vom arabischen Wort „Chebli“ für Ziege); die mongolische Wanderung bis Liegnitz; die der Wikinger bis Grönland, Sizilien und das spätere Kiew; um nur fünf der bekanntesten Migrationen vor 1000 zu benennen. Generell gilt, daß Ethnien und Kulturen sich überlagern und über lange Jahrhunderte nur sehr bedingt mit politischer Machtausübung korrelieren. Dies um so mehr, als um 1000 die kultische Harmonisierung Europas durch den einerseits von Rom und Irland, andererseits von Byzanz ausgehenden Christianisierungsprozeß abgeschlossen ist. Durch das Große Schisma von 1054 setzt die bis heute spürbare und lediglich 1945 bis 1989 leicht verschobene Zwierteilung des Kontinentes in eine östlich-orthodoxe Hälfte und eine westlich-römische bzw. westlich-römisch/protestantische Hälfte ein.

Der Ausbruch der Großen Pest 1346 markiert das Jahr, in dem neben kriegerischen Migrationen (die immer auch kulturelle Migrationen und kulturelle Hinterlassenschaften bedeuten) ökonomische und soziale Migrationen Einzelner oder von Gruppen konstitutiv für Europa werden. Ganze Landstriche werden entvölkert; in den einen fehlt es vielleicht an Bäckern, da die Bäckerstraße von der Pest getroffen wurde, in wieder anderen an Schustern; wer sein Brot verdienen will, muß ziehen. Die ohnehin große Mobilität vieler Schichten auf individueller Ebene wird kodifiziert in

---

<sup>10</sup> Dieter Bingen und Edward Włodarczyk: Arbeitspapier VI der „Kopernikus-Gruppe“. Vgl.: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Projekte/Projekte-Aktuell/Kopernikus-Gruppe/raport6.php>. Vgl. Peter Chemnitz: Jugend für Geschichte begeistern. Vorschlag der „Kopernikus-Gruppe“ ist eine Chance für Görlitz/Zgorzelec. In: Sächsische Zeitung, 5. Februar 2004.

<sup>11</sup> Siehe die Orte mit Windisch-... .

den Wanderjahren der Handwerksgesellen, die einen fachspezifischen Erfahrungsaustausch quer durch Europa ermöglichen; noch der „Zar als Zimmermann“ reist aus diesem technischen Bildungsinteresse von der Nawa an die Amstel. Damit verknüpft ist der Zwang zu sozialer Eingliederung in die jeweilige Stadt- resp. Schichtenkultur unabhängig von der Sprache (die aufgrund der Oralität des Zeitalters leichter erlernt wird, als dies heute vorstellbar ist).

Nicht aber unabhängig von der Konfession. Die Häresie, also die Abweichung von den römisch-kirchlichen Normen, ist seit dem 11. Jahrhundert immer stärker faßbar. Die Bekämpfung der Albigenser, der Katharer, der Waldenser ist legendär; die schottisch beeinflussten Hussiten setzen nach 1415 halb Mitteleuropa in Brand; nach den Predigten Calvins, Zwinglis, Luthers lodert praktisch der ganze Kontinent. Bis der Westfälische Friede 1648 mit dem förmlichen Beginn neuzeitlicher Staatlichkeit jene Epoche der Aufklärung überhaupt erst möglich macht, in der „jeder nach seiner Façon selig werden“ möge.<sup>12</sup> Preußen gewährt den Hugenotten und den Salzburger Protestanten ideologisches Asyl und nutzt ihre technisch-kaufmännischen Fähigkeiten. Rußland lädt Deutsche und Holländer ein, Sachsen die böhmischen Musikinstrumentenhersteller. Polen-Litauens Ostgrenze und die Nordgrenze des Osmanenreiches sind für die vom Rhein und aus Spanien vertriebenen Juden eine Schutzgrenze vor den russisch-kosakischen Pogromen. Quer durch Europa ist nach einem halben Jahrtausend der konfessionell bedingten Vertreibungen ein Flickenteppich der Kulturen entstanden; Lemberg mit seinen sagenhaften sieben Stadtvierteln und Konfessionen und Sprachen ist das historische Sinnbild dieses Europas eines Miteinanders in beständigem Fluß.

## 5. Politische Landkarten konstituieren das Bild Europas

Das Bild Europas als Miteinander in beständigem Fluß läßt sich in kartographisch-zweidimensionaler Darstellung nur schwer fassen.

In den Köpfen und auf den Bildschirmen junger Europäer prägt sich derzeit ein neues Bild von Europa aus: Kern-Europa ist das preisgünstig vernetzte der „Metropolen“ mit Billig-Flughäfen, Rand-Europa ist die Peripherie mit Zielen außerhalb einer 50-Kilometerzone rund um diese „Metropolen“. In den Büros des Ersten Europas wird eine Sprache gesprochen, die man für Englisch hält. Das Zweite Europa ist das Europa der *midland crisis*. Es ist geprägt von der Abwanderung der Jungen und Gebildeten. Die Politik der Nationalstaaten profitiert von diesem sogenannten *brain drain* insofern, als die Regierungssitze sich zu Wirtschaftsmetropolen mit fast unbeschränktem Zugriff auf die jung-dynamischen Kräfte des ganzen Landes

---

<sup>12</sup> "Die Religionen Müssen alle Tolleriret werden und mus der fiscal nuhr das auge darauf haben das keine der andern abbruch Tuhe, den hier mus ein jeder nach Seiner Façon Selich werden." Friedrich II. von Preußen am 22. Juni 1740 handschriftlich auf die Frage, ob die katholischen Schulen in Preußen abzuschaffen seien. In: Anton Friedrich Büsching [1724-1793]: Charakter Friedrich II., Königs von Preußen. Zweyte Ausgabe. Halle Joh. Jac. Curts Witwe 1788. Zitiert nach: Geflügelte Worte. Der Citatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, fortgesetzt von Walter Robert-Tornow. Neunzehnte vermehrte und verbesserte Auflage. Berlin, 1898, S. 518.



entwickeln. Breslaus Stadtpräsident dagegen hat bereits Alarm geschlagen: die täglich sieben Flugpaare mit Irland spülen die nachfolgende Führungsgeneration sichtbar aus der Stadt. Europas Miteinander ist in einen neuen Fluß geraten, für die langfristigen Folgen dieser Migrationen gibt es auf europäischer Ebene derzeit noch kein politisches Konzept.

Die jüngere Generation von Atlanten bringt die tatsächliche Vielfalt Europas zur Darstellung; eben dieses Miteinander und Ineinanderverflochtensein von Ethnien, Kulturen, Sprachen, Verhaltensweisen. Vorbildlich ist der vom Leipziger Institut für Länderkunde herausgegebene Atlas der Bundesrepublik Deutschland; einer der ersten war der über zwei Generationen entwickelte Atlas der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Er stellt für Schlesien Kreis für Kreis die Herkunftsorte seiner heutigen Bewohner dar.

Der Nürnberger Globus des Martin Behaim von 1491/92 zeigt noch Flüsse, Städte, wilde Tiere auf einheitlich braun-gelbem Grund. Mit der Wende zum 17. Jahrhundert setzt jedoch die Markierung der Grenzen<sup>13</sup> in unterschiedlichen Farben ein. Das Bild eines roten Landes neben einem grünen neben einem gelb und einem blau markierten Land hat als Vier-Farben-Problem die Mathematik lange beschäftigt; viel wichtiger aber ist, daß es für vier Jahrhunderte unser Bild von Europa als Land neben Land prägte.

Aus diesem Bild von Farbe neben Farbe nämlich erwachsen Europa schreckliche Folgen, als Fichte und andere ab 1806 im Kampf gegen Napoleon das Konzept von Nationalstaatlichkeit entwickelten. Einheitlich wie die Farbe des Landes auf der Karte sollte nun auch die ethnische, kulturelle und sprachliche Bevölkerung dieses Landes sein, so die simple Vorstellung. Sie sollte die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auslösen. Und dies weit über 1945 hinaus: man denke an die staatlich-polnische antisemitische Bewegung 1968 – 1970, an die Bürgerkriege in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens in den 90er Jahren, an die Schwierigkeiten in und mit dem Kosovo, oder an die anhaltenden Diskussionen über den Genozid an den Armeniern. Die simplizistische Vorstellung „eine Farbe, ein Volk“ läßt sich nur schwer überwinden.

## 6. Bevölkerungsaustausch als Instrument des Völkerrechts

Als Sündenfall des Völkerrechts läßt sich der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 benennen, mit dem ethnische Säuberungen in Abstimmung zwischen dem Foreign Office London und dem Quai d'Orsay Paris als neues Rechtsinstrument kodifiziert wurden.

Anlaß des griechisch-türkischen Krieges 1919-1923 (in griechischer Lesart: die Kleinasiatische Katastrophe, in türkischer Sicht: der Türkische Befreiungskrieg) war die Verweigerung der Türkei, die Pariser Vorortverträge zu ratifizieren, nach denen

---

<sup>13</sup> „Grenze“ ist ein slawisches Lehnwort: *graniza* für Feldmarkierung. Das Mittelhochdeutsche kennt noch keine Vorstellung von Grenze.

der Staat auf wenig mehr als die Region Ankara zurückgestutzt worden wäre. Diese Situation nutzte die griechische Armee für einen Feldzug ins Innere Anatoliens. Von dort wurde sie durch einen Aufstand der Bevölkerung unter dem späteren Atatürk zurückgeschlagen, im Herbst 1922 wurde sie von Smyrna und der weiteren ägäischen Ostküste verdrängt. Wohl seit dem Krieg um Troja hatten hier Griechen die Mehrheitsbevölkerung gestellt. Nun wurden mindestens 1,25 Millionen Griechen nach Thessaloniki und auf die Chalkidike umgesiedelt. Die an der ägäischen Westküste lebenden ca. 430.000 Türken wurden ihrerseits „repatriert“. Dieser erste förmliche Bevölkerungsaustausch des 20. Jahrhunderts wurde im Vertrag von Lausanne von den Westmächten legalisiert. Im Frühjahr 2007 sah sich die griechische Erziehungsministerin erheblichen Anfeindungen seitens griechisch-nationalistischer und kirchlich-orthodoxer Kreise ausgesetzt. Sie hatte ein neues Schulbuch in Auftrag gegeben, das auf der Basis international gesicherter historiographischer Erkenntnisse die Vorgänge beschreibt. Unter anderem räumt es mit der Legende auf, die griechische Sprache sei im Osmanischen Reich von der orthodoxen Kirche gegen ein (historisch nicht existentes) Verbot über die Jahrhunderte gerettet worden. Ihrerseits ist die Türkei diplomatisch höchst aktiv gegen die Bestrebungen verschiedener europäischer und des US-amerikanischen Parlamentes, die Vertreibung von 2 Millionen Armeniern in die Wüste 1915/16 als Genozid zu bezeichnen – das damals noch griechische Smyrna war eines der wenigen Rettungsgebiete gewesen, im heutigen Schlesien gibt es noch immer eine armenische Kolonie.

Die Aussiedlungsprogramme des national-sozialistischen Regimes mit seiner Rassen- und Raumtheorie standen am Beginn des Zweiten Weltkriegs; an seinem Ende standen Flucht und Vertreibung von Angehörigen praktisch aller Völker Mitteleuropas. Unendlich viele Menschen waren bis 1945 bereits im Krieg als Militär oder Zivilpersonen umgekommen oder den nationalsozialistischen Extirpations-Programmen zum Opfer gefallen, darunter rund 28 Millionen Angehörige der Sowjetunion,<sup>14</sup> 6 Millionen Juden und bis zu 500.000 Sinti und Roma. Durch den Vertrag von Lausanne war ethnische Säuberung als Instrument des Völkerrechts legalisiert worden, in der Potsdamer Konferenz 1945 und ihren Vorbereitungskonferenzen wurde sie großflächig beschlossen. Polen (selbstironisch titulierte als „Land auf Rädern“) wurde um durchschnittlich 100 km nach Westen gerückt; innerhalb der Tschechoslowakei wurden zahlreiche Menschen ebenfalls von Ost nach West umgesiedelt; die baltischen Länder und das Königsberger Gebiet wurden Ziel von Migranten aus Rußland und anderen sowjetischen Gebieten; Italiener wurden aus Istrien und Dalmatien vertrieben und Ungarn aus der Slowakei; die Deutschen jenseits von Oder, Neiße, Naab und Leithe wurden teils nach Sibirien und Mittelasien umgesiedelt, überwiegend wurden sie in die sowjetische bzw. in die

---

<sup>14</sup> Unter ihnen 7 Millionen, die verhungert waren; vgl. Nolte, Hans-Heinrich: Kleine Geschichte Rußlands. Stuttgart 1998, S. 253-263. Der Hungertod von 30 Millionen war in den Besprechungen des für Wehrwirtschaft zuständigen General Thomas und einer Reihe von Staatssekretären vorwiegend aus den Wirtschaftsressorts schon sechs Wochen vor Beginn des Rußlandfeldzuges einkalkuliert worden, „wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande geholt wird.“ Zitiert nach: Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg 1999.

westalliierte Besatzungszone verbracht. Man schätzt die Opfer von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert auf mindestens 50 Millionen Menschen, manche Überblicke kommen auf 80 – 100 Millionen.

An den Fakten bestehen in der Geschichtswissenschaft kaum noch Zweifel. Praktisch alle der heutigen Staaten Europas sind Nachfolger von Staaten, die auf der einen oder der anderen Seite von den Migrationsvorgängen betroffen waren. Ihre Staatsmythen hatten sich notwendigerweise mit den Migrationsvorgängen auseinanderzusetzen. Wie das Beispiel Griechenlands zeigt, ist auf der symbolischen Ebene die Überwindung auch nach drei und mehr Generationen noch zutiefst mit Schwierigkeiten behaftet.

Um nun das Miteinander der Völker zumindest innerhalb der Europäischen Union (besser, aber noch schwieriger: des Europarates) auf eine neue Ebene zu heben, wäre zu überlegen:

1. Die Widmung eines gemeinsamen Gedenktages für die Opfer von Zwangsmigration auf europäischer Ebene. Als gewissermaßen neutraler Tag, der in allen Ländern ohne Vorbehalte begangen werden könnte, würde sich der 24. Juli (Vertrag von Lausanne) anbieten. Er ist, soweit wir recherchieren konnten, in keinem der europäischen Länder national belegt. Daß der 24. Juli Christophorus-Tag ist,<sup>15</sup> Schutzpatron der Reisenden, spräche auf einer tragisch-symbolischen Ebene ebenfalls für diesen Tag.
2. Dort, wo noch nicht geschehen, die Schaffung symbolischer Orte für die Opfer von Zwangsmigration in den jeweiligen nationalen Hauptstädten.
3. Die faktengerechte Darstellung der Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts als Teil des Europäischen Schulgeschichtsbuchs, das die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages vorgeschlagen hat. Hierzu notwendig wäre die Schaffung eines Studienzentrums Zwangsmigration, das die jeweils pluri-national durchzuführenden wissenschaftlichen Arbeiten in den Archiven und mit Zeitzeugen so zusammenführt, daß sie als Grundlage für Ausstellungsprojekte und ein digitales Archiv genutzt werden können.

## **7. Leid ist keine quantifizierbare Größe**

Leid ist keine quantifizierbare Größe; die Würde des Menschen nach Art. 1 Grundgesetz hat weder einen Zähler noch einen Nenner. Das Leiden, das die 50 bis 100 Millionen im 20. Jahrhundert von Zwangsmigrationen betroffenen Menschen erfahren haben, läßt sich nicht gegeneinander aufrechnen wie Reparationsleistungen, sondern erfordert jedes für sich eine angemessene Würdigung. Dies gilt auch für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung, die zu unterschiedlichen Zeiten eine jeweils unterschiedliche Funktion in politischen Kontexten erfahren haben.

---

<sup>15</sup> Das II. Vatikanum beschloß die Angleichung des zuvor am 25. Juli gefeierten Datums an protestantische Usancen.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz waren seitens der West-Alliierten getragen von der – fatalerweise nicht bindend in Schriftform kodifizierten – Erwartung, daß die Sowjetunion in den von ihnen militärisch besetzten Ländern nach Ausweisung der Deutschen demokratische Verfahren installieren würde; daß sich die historische Zugehörigkeit Mitteleuropas zum westlichen Kulturkreis also unabhängig von Minderheitsfragen wieder durchsetzen würde. Als diese Erwartungen nach 1949 enttäuscht wurden und der Kalte Krieg schwelte, kam den Vertriebenenverbänden in der neugegründeten Bundesrepublik eine zentrale Rolle zu. Sie erhielten entsprechende politische Aufmerksamkeit auf der Grundlage von Art. 146 alte Fassung des Grundgesetzes und eine Förderung auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes von 1953. Erst mit der multilateralen Anerkennung der Wiedervereinigung Deutschlands im September 1990, den deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Verträgen von 1990 bzw. 1992 sowie der vierten Erweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 hat sich die Potsdamer Erwartung der West-Alliierten erfüllt. Damit hat sich auch die außenpolitische Funktion der Vertriebenenverbände erschöpft und kann nun die finale Musealisierung – „die Erinnerung wachhalten“ – durch die Stiftung FVV einsetzen.

Dazwischen lag eine Phase, in der nach 1968 die Konfrontationshaltung gegenüber den östlichen Nachbarländern von weiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung in Frage gestellt wurde. Teils aus einfacher historischer Ermüdung, teils in Abwendung von der sogenannten Adenauer-Republik, teils im Wunsch nach einer echten Aussöhnung, wie sie den Brief der polnischen Bischöfe charakterisiert hatte und wie sie von vielen Gesellschaften (genannt sei nur die Ackermann-Gemeinde), Kommunen und Einzelpersonen über Jahre und Jahrzehnte auf individueller Ebene auch unternommen wurde. Heute sind diese Initiativen mit Unterstützung der verschiedenen Regierungen zu einem breiten Strom des Jugendaustausches, kultureller Begegnungen und wissenschaftlichen Austauschs geworden (auch wenn der Blick auf die französisch-deutschen Beziehungen zeigt, daß ein beinahe schon selbstverständliches Miteinander stets eine Frage von Generationen ist). Offen und außenpolitisch hochproblematisch aber bleibt die Forderung der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung nach Anerkennung ihres Leides.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik kam den „Vertriebenen“ (ein ausschließlich westdeutscher Terminus) keinerlei positive politische Funktion zu. Im Gegenteil waren sie indirekt betroffen von der Zwangslage, in die sich insbesondere die Volksrepublik Polen, weniger die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und die Volksrepublik Ungarn, gegenüber der Sowjetunion hineinmanövriert hatten. Deren Garantie für die Aufrechterhaltung der Potsdamer Beschlüsse und damit der, für die sozialistischen Regime selbst höchst wünschenswerte, Aufrechterhaltung der Nachkriegsordnung in Mitteleuropa auch um den Preis der faktischen Souveränität war ja an die Anerkennung der neuen Nachkriegsgrenzen gebunden. Die polnische Exilregierung hatte in den letzten Kriegsjahren alles daran gesetzt, die Westalliierten zu einem Polen mit wesentlich vergrößertem Staatsgebiet zu bewegen: Östlich auch jenseits der Curzon-Linie A (die Curzon-Linie B hätte wenigstens die Integration von Lemberg ermöglicht), möglichst in den Grenzen von 1921 (Friede von Riga, als Lenin in

schwieriger Lage gegenüber der Weißen Armee war). Westlich bis Oder und Neiße. Nur das letztere sollte bekanntlich umgesetzt werden. Bei einer Revision der Potsdamer Grenzen zugunsten der DDR, was ja für die Sowjetunion *a priori* unerheblich gewesen wäre, hätte sich das Staatsgebiet noch weiter verkleinert. Vor diesem trilateral heiklen Hintergrund leuchtet ein, daß die Vertriebenen in SBZ und DDR sich keinesfalls als solche bezeichnen durften, sondern vielmehr als „Umsiedler“ oder „Neubürger“ galten. Zwangsmigration, Flucht, Aussiedelung durften nicht und wurden nicht öffentlich thematisiert. In Westdeutschland wurde wenigstens einmal im Jahr, beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen und vergleichbaren Veranstaltungen, das Leiden der Opfer und ihre Aufbauarbeit in der neuen Bundesrepublik staatsamtlich thematisiert und insofern auf psychologischer Ebene eine erhebliche Hilfe für die individuelle Bewältigung des erlittenen Leides geleistet. In dem nun sogenannten Gebiet Ostdeutschland (womit sich ja ein sprachlicher Verzicht auf die verlorenen Gebiete weiter östlich verbindet) war das genaue Gegenteil der Fall: angekommen war man, so ein hierzulande gängiger Satz, als „Neubürger“ erst, wenn man auf dem Friedhof lag.

Diese historische Ungleichbehandlung der beiden Opfergruppen in den beiden Teilen Nachkriegsdeutschlands legt es nahe, das zu gründende Studienzentrum Zwangsmigration in einer „ostdeutschen“ Stadt zu errichten.

## 8. Vertriebenenanteil in Görlitz/Zgorzelec

Die Volkszählung vom 17. Mai 1939 ergab eine Bevölkerungszahl von 69.314.000 Einwohnern innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 (also ohne Berücksichtigung der Annexionen Österreich, Böhmen und Mähren). Hiervon lebten nach den Statistiken des Bundesgesundheitsministeriums 43.008.000 Menschen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik, 16.745.000 Menschen auf dem Gebiet der späteren DDR und 9.561.000 Menschen in den 1945 verloren gegangenen Ostgebieten.

Einwohner 1939	E	E/km <sup>2</sup>	km <sup>2</sup>
Dt. Reich 1939 (in den Grenzen von 1937)	69.314.000	147	470.440
späteres Bundesgebiet	43.008.000	173	248.945
späteres DDR-Gebiet	16.745.000	155	108.083
später verlorene Ostgebiete	9.561.000	84	113.412
<i>Bundesgebiet 2000</i>	<i>59.753.000</i>	<i>167</i>	<i>357.028</i>

Tabelle 1: Einwohner, Einwohnerdichte, Fläche des Deutschen Reiches 1939 in den Grenzen von 1937 im Verhältnis von späterem Bundesgebiet, späterem DDR-Gebiet und später verlorenen Ostgebieten.

Quelle: Datenmaterial des Bundesgesundheitsministeriums und eigene Berechnungen.

Die Bevölkerungsdichte war 1939 in den westlichen Gebieten und im heutigen Beitrittsgebiet etwa gleich hoch (173 zu 155 E/km<sup>2</sup>). Sie stieg jedoch in den westlichen Gebieten auf 270 E/km<sup>2</sup> (2000) und fiel im Beitrittsgebiet von 1990 nach einem Zwischenhoch mit 171 E/km<sup>2</sup> (1950) auf 140 E/km<sup>2</sup> (2000).

Einwohner 2000	E	E/km <sup>2</sup>	Veränderung 1939/2000	E/km <sup>2</sup>	%
Bundesrepublik	82.260.000	230	+22.507.000	63	138%
früheres Bundesgebiet	67.140.000	270	+24.132.000	97	156%
Beitrittsgebiet	15.120.000	140	-1.625.000	-15	90%

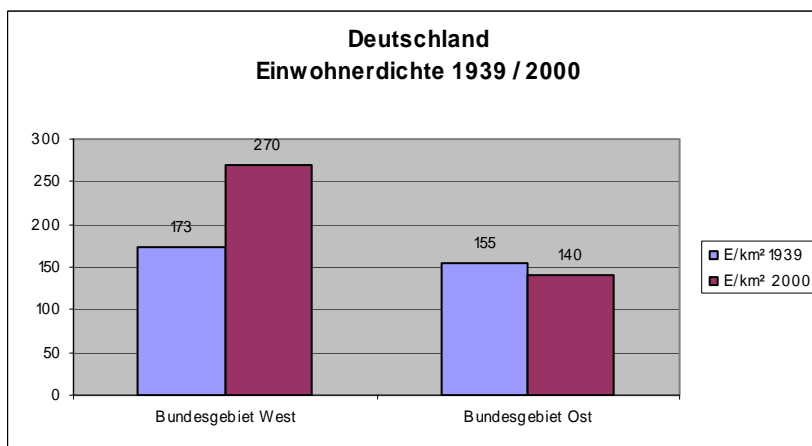
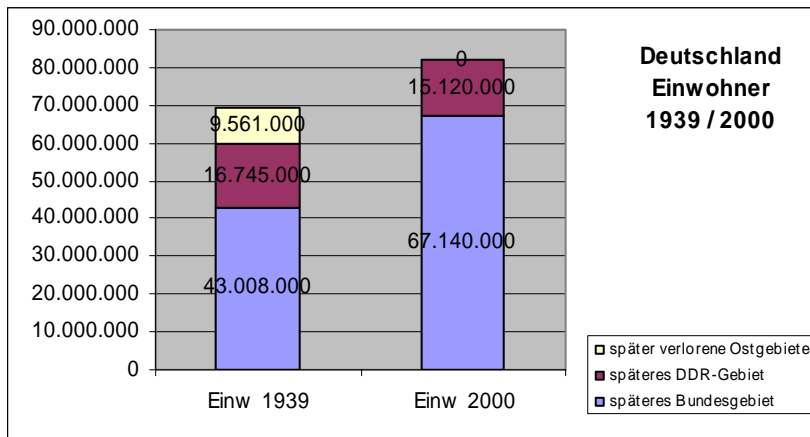


Tabelle 2: Einwohner 2000 der Bundesrepublik Deutschland und Veränderungen von Einwohnerzahlen und Einwohnerdichte 1939/2000 im Verhältnis von Bundesgebiet und Beitrittsgebiet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Datenmaterial des Bundesgesundheitsministeriums.

Der Bevölkerungsgewinn im früheren Bundesgebiet zwischen 1939 und 2000 macht +56% aus. Er beruht zu geringeren Teilen auf der systematischen Weiterführung früherer Initiativen zur Gewinnung ökonomischer Migrantenströme, nun euphemistisch als Gastarbeiter bezeichnet; überwiegend aus dem Süden und Südosten Europas einschl. der Türkei.

Zwei Drittel des Bevölkerungsgewinns beruhen auf dem Zuzug von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. Um 1950 machten sie mit 12,1 Millionen Menschen 17,6% der deutschen Bevölkerung aus. Hiervon lebten im früheren Bundesgebiet rund 8 Millionen; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Jenseits des individuell erlittenen Leides betrachtet, war der Zuzug so vieler und oft tatkräftiger Menschen für die sich neu formierende Gesellschaft durchaus ein Segen. Bis in die letzte Gemeinde strömten die Vertriebenen und wirkten auf ihre Weise daran mit, daß sich ein von vielen Beobachtern mit Staunen wahrgenommener Umschwung der deutschen Mentalität vollzog und Westdeutschland im Inneren demokratisch wurde. Die offizielle<sup>16</sup> Biographie des derzeitigen deutschen Bundespräsidenten vermerkt: „Horst Köhler kommt am 22. Februar 1943 im polnischen Skierbieszów zur Welt. Die Eltern, deutschstämmige Bauern aus dem rumänischen Bessarabien, waren zwangsweise nach Polen umgesiedelt worden. Polen ist von der Wehrmacht besetzt.“ Der Vater des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt hatte einen polnischen Paß, da er nach der Grenzrevision von 1918 lieber seine Staatsangehörigkeit als den Familienhof aufgeben wollte. Peter Glotz, der an die Kirche, aber nicht an Gott glaubte, Sohn einer tschechischen Mutter und eines deutsch-böhmischen Vaters, betitelte seine Autobiographie durchaus mehrdeutig „Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers“; anspielend natürlich auf den erzwungenen Landeswechsel, aber mehr noch auf Parteiüberzeugungen und auf berufliche Positionen, die geistige Mobilität im Verein mit innerer Festigkeit verlangten.<sup>17</sup>

Im Gebiet der SBZ/DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Millionen im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der DDR - hier als „Neubürger“ oder „Umsiedler“ bezeichnet - betrug 1950 etwa 4,1 Millionen, was einem Anteil an der Bevölkerung von 22% entsprach, ist also signifikant höher als im Bundesgebiet. Als Beispiel für die Wirkung des verordneten Sprachverbotes mit der Folge von Traumatisierung statt Hilfe durch staatsamtliche Thematisierung sei eine Begegnung von Studenten mit einem Görlitzer erwähnt, der sich 63 Jahre nach Kriegsende danach erkundigte, wie es an der Neiße aussähe – er sei nie wieder dort gewesen, weil er den Blick auf das heutige Zgorzelec nicht aushalten könne.

Durch die Potsdamer Konferenz, deren deutsch-polnische Grenzziehung im Vertrag von Görlitz 1950 zwischen DDR und VR Polen besiegelt wurde, wurde die zuvor deutsche Stadt Görlitz in einen deutschen und in einen polnischen Teil getrennt. Ein Görlitz-West, weiterhin Görlitz genannt, auf der linken Seite der Lausitzer Neiße und ein Görlitz-Ost rechts der Neiße (der Name „Zgorzelec“ datiert erst von 1947). Die Zahl der Vertriebenen im Jahr 1950 in Görlitz-West betrug 39,4% der Stadtbevölkerung oder knapp 40.000 Menschen. Dies ist unserer Kenntnis nach die höchste Quote an Vertriebenen in einer größeren deutschen Stadt.

Bis 1989 reduzierte sich die Stadtbevölkerung von Görlitz-West gegenüber 1950 um 25%; hiervon könnten in den Anfangsjahren überproportional viele Vertriebene aus den früheren deutschen Ostgebieten gewesen sein. Dies relativiert auch die o.g. Zahlen für das frühere Bundesgebiet - zwischen 1950 und 1961 war hier der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR

---

<sup>16</sup> <http://www.bundespraesident.de/-/11050/Bundespraesident-Horst-Koehler.htm>.

<sup>17</sup> Peter Glotz: Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers. Berlin 2006.

zurückzuführen. Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 fanden etwa 2,6 Millionen Personen aus Ostdeutschland als Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme. Welcher Anteil hiervon Vertriebene oder deren Angehörige waren, ist nicht greifbar.

Auch wenn man unterstellen würde, daß diejenigen, die Görlitz zwischen 1950 und 1960 verlassen haben, ausschließlich Vertriebene des Zweiten Weltkrieges gewesen seien (was so mit Sicherheit nicht zutrifft), bliebe immer noch ein Vertriebenenanteil deutlich größer als 30% übrig und damit nach wie vor die nach unserer Kenntnis höchste Vertriebenenquote.

Für Görlitz kommt als Besonderheit dazu, daß der Ostteil der Stadt mit verschwindenden Ausnahmen von Deutschen „leergewohnt“ wurde und eine Übersiedelung nach Görlitz-West stattfand (prominentes Beispiel ist Rolf Karbaum, Oberbürgermeister 1998 bis 2005) oder weiter nach Westen.

In ihre Häuser und an ihre Stellen rückten Polen und Griechen, die ihrerseits zu überwiegenden Teilen Opfer von Flucht und Vertreibung geworden waren – die 13.000 Einwohner von Zgorzelec im Jahre 1950 zu annähernd 100%. In der Summe ergibt sich hier für 1950 ein Vertriebenenanteil von Görlitz-Zgorzelec von 46,6%.

Einwohnerentwicklung Görlitz 1415-2005

Einwohner	Görlitz gesamt		GR-West		GR-Ost	
1415	7 800	8%				
1500	8 000	9%				
1641	5 000	5%				
1717	5 500	6%				
1781	7 600	8%				
1815	8 785	9%				
1855	23 326	25%				
1871	42 200	45%				
1900	80 931	86%				
1919	80 362	86%				
Mai-39	93 823	100%				
01.12.1945 / 1946	78 844	84%	73 583	78%	5 261	6%
1950 / 1950	113 709	121%	100 147	107%	13 562	14%
1960 / 1960	105 946	113%	89 909	96%	16 037	17%
1971 / 1970	115 964	124%	87 492	93%	28 472	30%
1981 / 1981	114 599	122%	80 831	86%	33 768	36%
1989 / 1989	110 640	118%	74 766	80%	35 874	38%
1995 / 1995	102 564	109%	66 118	70%	36 446	39%
2000 / 2000	97 260	104%	61 599	66%	35 661	38%
2005 / 2005	91 688	98%	57 629	61%	34 059	36%

(Alle Einwohnerzahlen werden am historischen Maximum von 1939 [= 100%] gespiegelt.)



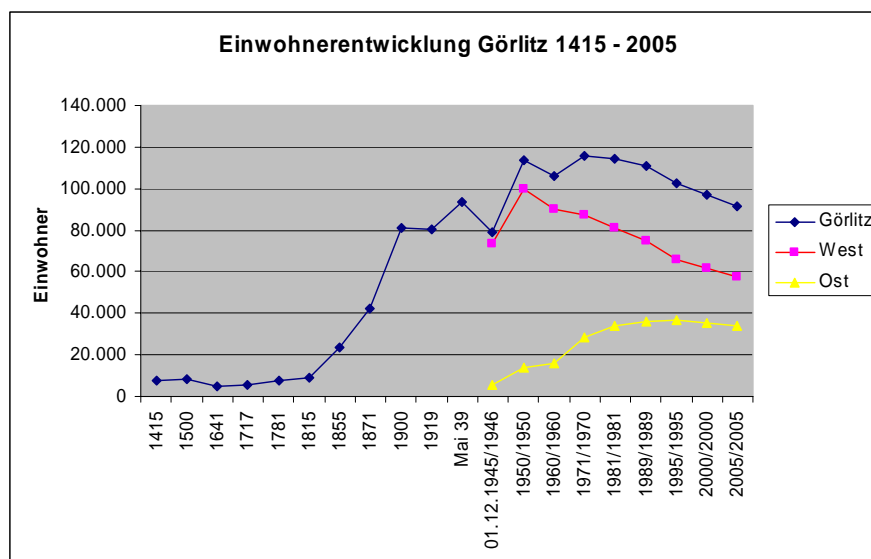


Tabelle 3: Einwohnerentwicklung Görlitz 1415 – 1945 sowie Görlitz/Zgorzelec 1945 – 2005.

Erstabdruck der Tabelle A in: Matthias Theodor Vogt: Görlitz-Zgorzelec – Stadt auf der Grenze.

In: Deutsches Polen-Institut (Hg.): Jahrbuch Polen 2007. Wiesbaden [April] 2007.

Schließlich ist der Anteil der Verwandten zu bedenken, die nicht persönlich, aber in erster oder zweiter Linie Flucht und Vertreibung erlebten. Angesichts der verwandschaftlichen Beziehungen außerordentlich vieler Görlitzer vor 1939 ins Schlesische hinein, wäre umgekehrt zu fragen, wie viele weder selbst noch innerhalb der eigenen Familie von Flucht und Vertreibung oder Aussiedlung betroffen waren – alle zumindest haben die Verwerfungen der Folgezeit mit eigenen Augen erlebt.

Diese historische Situation; die Beschlüsse beider Stadträte, am 5. Mai 1998 zur Europastadt Görlitz/Zgorzelec auszurufen; schließlich die Beschlüsse beider Stadträte, bis 2030 die beiden Städte in einen gemeinsamen binationalen Verwaltungsverbund Görlitz/Zgorzelec zu überführen, all dies legt es nahe, das zu gründende Europäische Studienzentrum Zwangsmigration in Görlitz/Zgorzelec zu errichten.

## 9. Die Zeit drängt I

Die Zeit zu handeln drängt in zweierlei Hinsicht. Zum einen wird die sogenannte Erlebnissgeneration (also der bei Flucht und Vertreibung wenigstens vier Jahre alten) gegen 2014 in allen Ländern Mitteleuropas überwiegend verstorben sein. Die so wichtige *oral history* jedoch ist für die ostdeutschen Zeitzeugen noch kaum in Gang gekommen.

Zum anderen zeigt die mißlingende Clusterbildung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, also die beidseitig aktive Suche nach einem gemeinsamen Nenner der Verständigung in der Frage einer transnationalen Erinnerung an Vertreibung / Abschub / Transfer, wie zentral die Thematik für ein stabiles Verhältnis zwischen den Völkern und Regierungen Mitteleuropas ist.

Eine erste konkrete Maßnahme hätte daher die Bestimmung eines symbolischen Ortes für das Gedenken an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung sein

können. Berlin ist Bundeshauptstadt und Sitz aller zentralen Organe; daher gehört eine würdige Gedenkstätte in das Herz dieser Stadt. Erdgeschoß und erster Stock des Deutschland-Hauses (in dem der BdV bis 1999, dem jähen Abbruch der Förderung unter Schröder, seine Büros hatte) mögen baulich für die Dauerausstellung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geeignet sein; ein künstlerisch-symbolischer Ort ist dies gewiß nicht und soll dies wohl bewußt auch nicht sein, um den Opfermythos nicht zu unterstützen.

Umgekehrt wäre zu bedenken, wie viele polnische Menschen – und Art. 1 des Grundgesetzes spricht ja nicht grundlos von der Würde des Menschen und nicht von der Würde des Deutschen – durch den Angriffskrieg des 1. Septembers 1939 samt seiner Erniedrigungs-, Vertreibungs- und Ausrottungspolitiken zugrundegingen. Die Bundesrepublik Deutschland hat spät und erst auf amerikanischen Druck gehandelt, als sie den noch lebenden Opfern von Zwangsarbeit und anderen verbrecherischen Politiken eine nur symbolisch zu verstehende Entschädigung zugestand.

Polen ist auf dem Opfer-Mythos gebaut. Daß dies seine Berechtigung hat, daran erinnern die Jahreszahlen 1241 (die Mongolen schlagen bei Liegnitz ein deutsch-polnisches Heer und ziehen dann doch wieder ab); 1683 (die Türken scheitern vor Wien an Jan Sobieski); die drei polnischen Teilungen von 1772, 1793, 1795; Kongreß-Polen von 1815; der Aufstand von 1830 (der in Deutschland jene Polen-Begeisterung auslöste, die mitursächlich für die Befestigung der Demokratie in Deutschland werden sollte); die vierte Teilung von 1939; die Nachkriegsgeschichte ab 1945 bis zur Solidarność, ohne die und ohne den polnischen Papst die friedliche Neuordnung Europas nicht denkbar wäre. Wenn nun aber Polen weit über einen bloßen Mythos hinaus auf solchen Opfern – immer wieder im Dienste ganz Europas – gebaut ist, dann ist es überfällig, daß die Bundesrepublik Deutschland dies mit einer symbolischen Geste, wie der einer finanziellen Unterstützung für ein inhaltlich von der polnischen Seite gestaltetes Warschauer Denkmal der Opfer des deutschen Angriffskrieges, anerkennt.

## 10. Die Zeit drängt II

Und es ist überfällig, daß Polen gleichberechtigt an der Errichtung eines Studienzentrums mitwirkt. Dies ist am günstigsten in einer deutsch-polnischen Stadtpaarung zu verwirklichen. Von ihnen gibt es drei - Szczecin [Stettin] ist beidseits der Oder polnisch geworden, wie ja auch Wrocław [Breslau] zu einer rein polnischen Stadt geworden ist. Diese drei sind Frankfurt an der Oder und Słubice (mit der Europa-Universität Viadrina und dem Collegium Polonicum), Guben und Gubin (ohne akademische Einrichtungen), Görlitz und Zgorzelec (mit dem Collegium PONTES Görlitz-Zgorzelec-Zhořelec und dem Campus Görlitz der Hochschule Zittau/Görlitz). Ihre Einwohnerzahlen sind:

Frankfurt/Oder	DE	63.210	79%
Słubice	PL	16.900	21%
		<b>80.110</b>	

Guben	DE	23.900	56%
Gubin	PL	18.600	44%
		<b>42.500</b>	
Görlitz	DE	57.600	63%
Zgorzelec	PL	34.000	37%
		<b>91.600</b>	

Tabelle 4: Einwohnerzahlen 2007 und Verhältniszahlen der deutschen und der polnischen Bevölkerung der drei deutsch-polnischen Städtepaare (1) Frankfurt an der Oder / Slubice; (2) Guben / Gubin; (3) Görlitz / Zgorzelec.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Datenmaterial der Städte.

Unter den Stadtpaaren ist Görlitz-Zgorzelec das größte. Es ist durch die - nur gemeinsam möglich gewesene - Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010 und durch den gemeinsam verliehenen Brückepreis Görlitz/Zgorzelec die bekannteste der Doppelstädte. Es ist dasjenige, in dem seit der Ausrufung zur Europastadt 1998 und der Absichtserklärung einer Verwaltungszusammenlegung bis 2030 der Wille zu einer gleichberechtigten Kooperation der polnischen und der deutschen Seite besonders ausgeprägt ist. Als einziges der drei Stadtpaare war es, wenn auch kurzfristig, aber dafür wohlgemerkt lehnsfrei, polnisches Gebiet: zwischen dem Frieden von Bautzen 1018 und 1031 (also noch nicht als Gorelic, Ersterwähnung 1071, sondern als Besuncane, belegt seit 977). Für seinen Architekturbestand von rund 4.000 denkmalgeschützten Häusern ist es als eine der schönsten Städte Mitteleuropas und als erste Renaissance-Stadt nördlich der Alpen berühmt.

Und schließlich weist es zusätzlich zwei im Migrationszusammenhang relevante Charakteristika auf. Den größten Teil seiner Geschichte war das Land Görlitz - in tschechischer Sprache *Zhořelec* - böhmisches Kronland und damit dem Deutschen Reich nur indirekt über Prag verbunden. Auch der Prager Friede 1635 war, wie die neueste Forschung herausstellte,<sup>18</sup> nicht mit einer Abtretung der Lausitz verbunden, sondern mit einer Belehnung des sächsischen Kurfürsten; bis 1918 hatten die Habsburger die Lausitz im Wappen und bis weit ins 19. Jahrhundert hinein regierten sich die Oberlausitzer Stände zu wesentlichen Teilen selbst. Dies hatte konfessionspolitisch zur Folge, daß sich die katholischen Klöster mitten in ur-protestantischen Landen halten konnten und heute eine gut 750-jährige Tradition aufweisen, gleichzeitig aber die Böhmisches Brüder im benachbarten Herrnhut und Niesky ihren Glauben unbehelligt leben und von hier aus weltweit ausbreiten konnten. Aus dem 1938/1945 faktisch aufgelösten Böhmen - wenn man darunter die jahrhundertealte tschechisch-deutsch-jüdische Symbiose verstehen will - kamen nach 1945 ebenfalls Migranten nach Görlitz und Umgebung, weshalb und wegen des historischen Ursprungs bei der Europastadt Görlitz/Zgorzelec stets ein virtuelles „*Zhořelec*“ mitklingt.

Zgorzelec seinerseits ist Zielort griechischer Migranten gewesen. Einerseits mitten im Ersten Weltkrieg, als 7.000 Soldaten und Offiziere das Deutsche Reich um Zuflucht baten und im späteren StaLag VIIIa unterkamen; manche blieben. Andererseits nach

<sup>18</sup> Hans-Wolf Thümmel: Wem gehört die Oberlausitz? Anmerkungen aus verfassungsgeschichtlicher Sicht. In: Vogt, Matthias Theodor, Sokol, Jan, Tomiczek, Eugeniusz (Hrsg.): Kulturen in Begegnung. Bericht über das Collegium PONTES Görlitz-Zgorzelec-Zhořelec 2003. Wrocław - Görlitz 2004.

dem griechischen Bürgerkrieg, als Zgorzelec mit seinen Braunkohlegruben zur griechischen Kolonie von ca. 14.500 Mazedonen, d. h. Griechen slawischer Herkunft, wurde; noch heute ist die Kolonie höchst aktiv. Die 1916 im Kriegsgefangenenlager Görlitz vom Phonographischen Komitee des Preußischen Königs erstellten und kürzlich von der Humboldt-Universität wiederaufbereiteten Tondokumente sind die ältesten Aufnahmen griechischer Sprache und Musik. Sie stellen gleichzeitig ein Dokument für die Vielfalt kultureller Folgen dar, die Migrationen jenseits individuellen Leidens stets zeitigen.

Görlitz mit seinem schlesisch-böhmisch-ostpreußischen und Zgorzelec mit seinem ostpolnisch-zentralpolnisch-griechischen Migrationshintergrund sind schon von ihren heute hier lebenden Einwohnern, ihren Schicksalen und ihren Erzählungen her vorzüglich geeignet, den Blick eines Studienzentrums Zwangsmigration aus Archiven und Bibliotheken hinaus auf die Menschen selber und über die polnisch-deutsche Perspektive hinaus ins Europäische zu wenden.

## **11. Struktur und Aufgaben eines Sächsisch-Polnischen Studienzentrums Zwangsmigration in Görlitz/Zgorzelec**

Arbeiten an den *mémoires collectives* der Völker Europas heißt heute stets dreierlei:

- Zum ersten Arbeiten an den Horizonten junger, noch prägungsfähiger Menschen, also Bildungsarbeit auf den beiden Ebenen Schule sowie Institutionen der politischen Bildung (politische Stiftungen, Verlage etc.).
- Zum anderen Arbeit mit den und für die Medien, die weite Teile der Bevölkerung erreichen können, wie die Rezeptionsgeschichte des Begriffes „Holocaust“ und seit einer Reihe von Jahren auch Fernsehberichte und Filme zum Thema „Flucht und Vertreibung“ zeigen.
- Zum dritten sind Akteure der Zivilgesellschaft anzusprechen, die sich aus eigener Initiative mit dem Themenkreis Zwangsmigration auseinandersetzen.

Ein Sächsisch-Polnisches Studienzentrum Zwangsmigration sollte die Schwerpunkte seiner Tätigkeit entsprechend setzen.

### **11.1 Komplexität von Migrationsstudien am Beispiel eines Europäischen Schulbuchs zur Zwangsmigration**

Äußerst verdienstvoll sind die Arbeiten der gemischten Schulbuchkommissionen des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung Braunschweig, deren Anfänge teilweise auf die Mitte der 1930er Jahre zurückgehen (deutsch-französische Schulbuchempfehlungen von 1951) und deren Mitteleuropa-Projekte zumeist bereits im Kalten Krieg begonnen wurden. Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission wurde 1972 auf Initiative der (west-)deutschen und der polnischen UNESCO-Kommission ins Leben gerufen mit dem Ziel einer Revision der Schulbücher und der Verständigung über die Art der gegenseitigen Darstellung im

Geschichts- und Geographieunterricht. Der Beginn der deutsch-tschechischen Schulbuchgespräche im Jahre 1967 geht auf eine Initiative der UNESCO-Kommissionen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland zurück; erst 2000 wurde die tschechische Sektion der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Schulbuchkommission institutionalisiert. Eine beispielhafte Arbeit haben Małgorzata und Krzysztof Ruchniewicz, Tobias Weger und Kazimierz Wóycicki geleistet mit ihrem auf deutsch wie auf polnisch erschienen Band „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnische Beziehungen in den Jahren 1933 – 1949. Ergänzende Unterrichtsmaterialien für das Fach Geschichte, herausgegeben von Kinga Hartmann. Dresden und Wrocław 2007“. An Methodik und Empfehlungen aus diesen Arbeiten kann das Sächsisch-Polnische Studienzentrum Zwangsmigration mit seinem Schulbuchprojekt anknüpfen.

\*

Will man den Begriff Studienzentrum Zwangsmigration ernst nehmen, gehen die hier zu skizzierenden Arbeiten weit über die Wissenschaftsfächer Geschichtsdidaktik und Zeitgeschichte hinaus. Eine Reihe weiterer Fächer sind zu involvieren, da dies die Fragestellungen sind, die wißbegierige junge Menschen an die Vergangenheit stellen könnten und vielleicht auch stellen werden:

#### 11.1.1 Staatsrecht

Wie die Debatte um Oettingers Filbinger-Äußerung nachdrücklich zeigte, ist der heutigen Öffentlichkeit der Grundsatz *nulla poena sine lege* (bestraft werden kann nur die Verletzung bereits in Kraft befindlicher Gesetze) außerordentlich schwer zu vermitteln. Die Nürnberger Prozesse waren insofern ein Tribunal und kein Gericht, als grundlegende UN-Formulierungen der Menschenrechte oder das Widerstandsrecht von Art. 20,4 Grundgesetz erst nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Kraft traten; offenkundige Unmenschlichkeiten konnten zuvor unter Umständen im Rahmen geltender Normen begangen werden. Die 1648 allgemein erlangte Souveränität von Staaten macht die rechtliche Beurteilung zahlreicher Zwangsmigrationen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mindestens delikats und entzieht letztere einer vorschnellen und rein moralischen Beurteilung; hierauf wäre aus staatsrechtlicher Perspektive in didaktisch geeigneter Form hinzuweisen.

#### 11.1.2 Volkswirtschaft

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive wäre auf den wirtschaftlichen Kontext der Zwangsmigrationen hinzuweisen:

- auf die fehlenden Entschädigungen für Zwangsaussiedler aus den polnischen Ost-Gebieten;
- auf die rechtlich durchaus befriedigenden Lastenausgleichs-Zahlungen in West-Deutschland;
- auf das materielle Schicksal der um ihren Zuschlag betrogenen Deutschen auf dem Gebiet der ČSSR;

- auf die frühen staatlichen Kompensationsleistungen an den Staat Israel als eine der Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Bundesrepublik in die internationale Staatengemeinschaft;
- auf das Wirken der Jewish Claims Conference;
- auf die gemeinsame rechtliche Beurteilung der Preußischen Treuhand durch polnische und deutsche Staatsrechtler;
- umgekehrt auf die Problematik polnischer Forderungen an sowjetische Nachfolgestaaten und an die Bundesrepublik als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches;
- auf das Londoner Schuldenabkommen;
- auf die wirtschaftlichen Absurditäten der Folgekosten des Einsatzes von Zwangsarbeitern, wenn die Wehrfähigen an die Front geschickt sind;<sup>19</sup>
- umgekehrt auf die Absurdität der heutigen Entschädigungshöhen für die Zwangsarbeitern selbst angesichts einer lebenslangen Traumatisierung;
- auf die ökonomischen Elemente von Minderheiten- und Betroffenenverbänden.

Kurz: auf den Ebenen von Staat, Kommunen, Individuen die außerordentlich komplexe Materie historisch aufzuarbeiten und verständlich zu machen, warum auch in materieller Hinsicht und drei Generationen danach soviel Konfliktpotentiale in der Materie enthalten sind.

#### 11.1.3 Historische Soziologie

Aus Sicht der historischen Soziologie wäre auf das Phänomen Alte Heimat / Neue Heimat einzugehen und Zwangsmigrationen von den - Europa wie eingangs dargestellt seit Jahrhunderten konstituierenden - Migrationen im weiteren Sinn zu differenzieren.

#### 11.1.4 Politikwissenschaft

Aus Sicht der Politikwissenschaft wären die Gründe für die misslingende Clusterbildung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in der Frage Vertreibung / Abschub / Transfer (siehe oben Zf. 1) darzustellen.

#### 11.1.5 Kunstwissenschaft

Aus Sicht der Kunstwissenschaften wäre den Gründen für die auffällig geringe Thematisierung des Komplexes Zwangsmigrationen in den Bildenden und Darstellenden Künsten nachzuspüren.

#### 11.1.6 Psychologie

Aus psychologischer Perspektive wären die Untersuchungen von Alexander und Margarete Mitscherlich zur „Unfähigkeit zu trauern“<sup>20</sup> um ostdeutsche

---

<sup>19</sup> Die Reichspost entwickelte damals das heute international benutzte System der Postleitzahlen.

<sup>20</sup> Margarete und Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens; 1967.

Untersuchungen zu den Auswirkungen eines „Verbots zu trauern“ zu ergänzen, genauer gesagt: zugänglich zu machen und mit den Mitteln der *oral history* um weitere Quellen zu ergänzen. Noch leben auch in den schlesischen Dörfern vereinzelte Zeitzeugen, die polnisch geheiratet oder die Camouflage gewählt hatten. Richard Wagner hat wiederholt beschrieben, wie unvollständig die Erinnerung von Rumänien-Deutschen an das eigene Verhalten während des Zweiten Weltkrieges ist und wie vollständig an die anschließenden Schicksale; heute sind die meisten unter den noch Lebenden längst außer Landes. Wieviel langwährenden Haß hat die deutsche Okkupation in den besetzten Gebieten gezeugt? Noch in den 80er Jahren bekam der Verfasser in Norwegen einen Blumentopf auf den Kopf, als er auf der Straße deutsch sprach. Wie lange hat es gedauert, bis die Opfer sowjetischer Vergewaltigungen und ihre dabei gezeugten Kinder sich mit ihren Schicksalen der Öffentlichkeit mitteilen konnten? Wieviel davon ist in das öffentliche Bewußtsein gedrungen? Thematik und geringes Echo sollten sich im Ex-Jugoslawien der Bürgerkriege wiederholen.

Ließe sich nicht formulieren, daß das heutige Europa der Transformationsgewinner zu nicht unbeträchtlichen Teilen auf dem „Unwillen zu trauern“ aufgebaut ist und daß vielleicht auch daher ein Teil des massiven Unbehagens der Bevölkerung an dieser Form von Europa rührt?

## 11.2 Archiv und Bibliothek

Am Ende dieser Fragestellungen und Antwortversuche könnte ein Schülerlexikon Zwangsmigration stehen; schon der Prozeß dahin wäre digital zu dokumentieren und würde über interaktive Seiten den Zugang zu Fragen erlauben, die von den Jugendlichen Europas tatsächlich an den Komplex Zwangsmigration gestellt werden.

Wie das Deutsche Historische Museum mit seinem elektronischen Archiv zeigt, sind Schulmaterialien heute nicht mehr auf den Druck relativer kurzer Texte und Dokumente beschränkt. Die Elektronik hat Einzug in viele Kinderzimmer und alle Schulen gehalten; die Nutzungs-Kompetenz der Schüler ist so stark gestiegen, daß die noch vor wenigen Jahren üblichen Einführungen in die Informatik an den Hochschulen überflüssig geworden sind und durch Spezialanwendungs-Seminare ersetzt werden konnten.

Aufgabe des Studienzentrums Zwangsmigration wäre daher der Aufbau eines umfangreichen elektronischen Archivs, in dem grundlegende Dokumente und Bilder in den benötigten Sprachen frei zugänglich gemacht würden; begleitet von Empfehlungen zum Einsatz sowohl im Schulunterricht unmittelbar als auch in den, didaktisch immer wichtiger werdenden, Eigenarbeiten von Schülern. In einem nächsten Schritt sollte das Archiv so ausgebaut werden, daß es auch den Ansprüchen von Hochschulen Genüge zu leisten versteht.

Für die Qualität der Archivarbeit ist die enge Zusammenarbeit mit einer der Zentralbibliotheken unerlässlich, die mit der Digitalisierung des europäischen Bibliotheksguts beauftragt sind. Dies ist in Görlitz/Zgorzelec durch die Anbindung an

die Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden gegeben (siehe unten Ziffer 13).

Ein urheberrechtliches Problem ergibt sich im Zusammenhang von Zwangsmigration: die meisten Sekundär-Texte sind neueren Datums und daher verlagsmäßig geschützt. Sie lassen sich daher nur beschränkt digital einlesen, wohl aber in einer systematischen Bibliographie der weiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wünschenswert wäre freilich, durch Vereinbarungen mit den Verlagen auch die Texte selbst digital zur Verfügung zu stellen, zumal die Erfahrung zeigt, daß der Einsatz von frei zugänglichen *.pdf*-Kopien o. ä. dem Absatz von Druckexemplaren eher förderlich ist.

Grundlage der Arbeiten an Bibliographie und digitalem Text- und Bildarchiv ist eine Bibliothek, die insbesondere auch den Gastwissenschaftlern zur Verfügung steht.

### **11.3 Studien**

Dritte Aufgabe des Studienzentrums Zwangsmigration wäre natürlich das Zusammenführen von Wissenschaftlern zu gemeinsamen Forschungsanträgen und –vorhaben bzw. die internationale Diskussion aktueller Studien und ihrer Termini. Dies kann zum einen durch regelmäßige Konferenzen zu Einzelthemen und vor allem zu methodischen und Darstellungsfragen geschehen. Zum anderen ist nur noch auf kurze Zeit die Möglichkeit der Erhebung von Daten und Ansichten bei Zeitzeugen gegeben; oben wurde als demographisches Durchschnitts-Enddatum das Jahr 2014 angegeben.

Viel spricht daher dafür, dem Studienzentrum Zwangsmigration ein Graduiertenkolleg neuer Form anzugliedern; nämlich Doktoranden- und Habilitandenprogramme in den Universitäten der beteiligten Länder, deren Koordination und deren regelmäßige Gedankenaustausch vom bzw. am Studienzentrum geleistet werden könnte. Ebenfalls wäre für den Erfolg des Studienzentrums entscheidend die Möglichkeit, Gastwissenschaftler zu kürzeren oder auch mehrmonatigen, mit Stipendien unterstützten Studienaufenthalten an das Zentrum zu binden.

### **11.4 Europarats-Ausstellung**

Im Zentrum der Arbeiten könnte die Erarbeitung einer Europarats-Ausstellung zum Thema „Zwangsmigration“ stehen, die – über den spezifisch deutschen Ansatz im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ bzw. künftig im Berliner „Deutschland-Haus“ hinaus - in einer Reihe transnationaler Konferenzen über einen Zeitraum von etwa fünf bis sechs Jahren zu konzipieren wäre. In z.B. sechsmonatigem Wechsel könnte sie dann in jenen europäischen Ländern gezeigt werden, in denen Menschen Vertreibungsschicksale erlitten haben, jeweils ergänzt um Ausstellungsteile mit regionalen Anteilen. Vor-Ort-Konferenzen und die Publikation entsprechender Dokumente könnten die Einzelausstellungen bereits im Vorfeld begleiten. Am Ende könnte ein vielbändiges, wissenschaftliches Werk über die Geschichte der



Zwangsmigrationen und ihrer Hintergründe zwischen 1878 und dem Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts vorliegen.

Auf eine Reihe von Anregungen sei in diesem Zusammenhang verwiesen.<sup>21</sup> So optiert Philipp Ther, jetzt Europäisches Hochschulinstitut Florenz, für „Verstetigung der Erinnerung, Musealisierung, Didaktisierung und bedingt Verwissenschaftlichung“ mittels einer „alleuropäischen Wanderausstellung“, die „in Geschichtswerkstätten an dem jeweiligen Ort der Ausstellung“ zu präsentieren sei. Stefan Laube von den Luthergedenkstätten in Wittenberg schwebt „auf der Basis von Originalen eine multisensuelle, szenographische Museumswelt“ vor, die „als emotional-intellektuelles Erlebnis ein touristisches High-Light“ jedes denkbaren Standortes sein könne. Jürgen Danyel und Christop Kleßmann seien der Meinung, daß „ein solches Zentrum zwar einen festen Ort haben könne, aber „im Kern als eine Wanderausstellung“ konzipiert werden solle: „Es müsste unterwegs in Europa sein, wie es einst die Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten waren oder heute wieder sind“.

### 11.5 Wanderausstellungen

Fünfte Aufgabe des Studienzentrums Zwangsmigration wäre die Konzeption und Erstellung kleinerer Wanderausstellungen zu Einzelaspekten von Zwangsmigrationen, die von Görlitz/Zgorzelec aus international auf den Weg geschickt werden könnten und auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft informieren.

Es würde sich anbieten, für die Ausstellungen einen potenten und soliden Partner zu suchen, um über einen längeren Zeitraum hinweg einen vielfältigen Parcours der Ausstellungen zu sichern, wobei ein zentrales Augenmerk auf einer guten lokalen Einbindung liegen müßte. Hierfür würde sich beispielsweise die Europäische Sparkassenvereinigung anbieten. Ihr gehören derzeit Sparkassen und Sparkassenorganisationen aus 25 europäischen Ländern an, darunter aus allen Ländern der Europäischen Union, zusätzlich aus Norwegen und Island. Die ESV wiederum ist eingebunden in das Weltinstitut der Sparkassen, den gemeinsamen Dachverband für mehr als 100 Sparkassen und Sparkassenorganisationen aus derzeit 91 Ländern der Welt. Besonders wichtig scheint in diesem Zusammenhang auch die Entwicklungszusammenarbeit europäischer Sparkassen mit Sparkassenorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

### 11.6 Medienarbeit

Sechste Aufgabe des Studienzentrums Zwangsmigration wäre die Begleitung, aber nicht Förderung, von Projekten der europäischen Medien, die sich mit dem Thema Zwangsmigration auseinandersetzen. Dies kann über eine Datenbank mit fachlich bzw. regional kompetenten bzw. lokal tätigen Ansprechpartnern geschehen; dies

---

<sup>21</sup> Zitiert nach Hahn (Anm. 5) unter Bezug auf Stefan Troebst. In Kruke, Anja (Hg.): Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert, Bonn 2006, S. 41-48.

kann durch eine Art Fachlektorat der Projektvorhaben geschehen; dies kann durch Hinweise auf Archivmaterialien, Quellen, Untersuchungen geschehen; dies kann aus medienanalytischer Sicht auch durch Hilfestellung bei der Planung der Dramaturgie der geplanten Beiträge geschehen. Gerade ein von so vielfältigen Stereotypen durchsetztes Feld wie das der Zwangsmigration bietet insbesondere bei Beiträgen für ein Publikum aus mehr als einem Kulturkreis viele Stolperfallen, die es im Interesse der Sache zu vermeiden gälte.

Dies kann schließlich durch Vermittlung von *dubbing*- oder Synchronisationsbeihilfen im Zusammenwirken mit der Europäischen Kommission geschehen, die die Beiträge einem weiteren europäischen Interessentenkreis zugänglich machen.

### **11.7 Unterstützung von Akteuren der Zivilgesellschaft**

Siebte Aufgabe schließlich des Studienzentrums Zwangsmigration wäre die Begleitung und nach Möglichkeit auch Förderung von Akteuren der Zivilgesellschaft, die sich aus eigener Initiative mit dem Themenkreis Zwangsmigration auseinandersetzen – historische Vereine, lokale und regionale Geschichtsvereine, Einzelpersonen.

Ein noch so großes Studienzentrum wäre überfordert, wenn die gesamte Bandbreite lokaler, regionaler und nationaler Studien hier bearbeitet werden müßte. Ebenfalls wäre damit noch nicht für eine Multiplikation gesorgt. Wenn das Studienzentrum auf Dauer zu einem Frieden unter den Völkern dadurch beitragen soll, daß eines der bis heute zentralen Konfliktfelder stärker als bisher einer gemeinsamen Aufarbeitung zugeführt wird, muß sich diese Arbeit auf sehr viele Schultern verteilen, um in die Breite wirken zu können. Demokratie lebt weder von der Politik noch von der Wissenschaft, sondern von der Ernsthaftigkeit, mit der sich die Bürger selbst den vorhandenen Problemen widmen.

Dementsprechend ist dafür Sorge zu tragen, daß in gewissem Rahmen am Studienzentrum Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft bereitstehen, um mit methodologischem Rat und mit Vernetzungshinweisen deren Arbeit zu befördern. Da die beiden Bereiche politische Bildung und kulturelle Bildung in Ostmitteleuropa derzeit erst im Aufbau begriffen sind und die Motivation der ersten Stunde oft den Nöten mehr gewichen ist, als dies für eine langfristige Stabilität erforderlich wäre, kommt diesem Aspekt der Arbeit des Studienzentrums eine besondere Nachhaltigkeit zu.

## **12. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten**

In Struktur, Macht-Verhältnissen, Besetzung und Finanzen sollte ein Sächsisch-Polnisches Studienzentrum Zwangsmigration Görlitz/Zgorzelec Vorbild für die von ihm zu leistende Aufgabe einer Vertiefung der europäischen Versöhnung sein, das heißt zwischen den Völkern. Gemäß der deutsch-polnischen Struktur der Europastadt Görlitz-Zgorzelec muß von Anfang an klar sein, daß ein solches Studienzentrum Zwangsmigration nur als gemeinsames deutsch-polnisches Projekt gelingen kann.

Dies setzt erstens voraus, alle Begriffe zu vermeiden, die im jeweils anderen Land zu falschen Konnotationen führen würden, zum Beispiel also den Verzicht auf den deutschen, nur aus der Geschichte des Kalten Krieges verständlichen Zentralbegriff „Vertreibung“. Die Begriffe „Erinnerung“ und „Solidarität“ wiederum lassen von außen nicht erkennen, daß Zwangsmigration thematisiert wird.

Deutsch-polnische Gemeinsamkeit setzt zweitens voraus, Kuratorium, Wissenschaftlichen Beirat, Direktorium und Mitarbeiterstellen strikt paritätisch zu besetzen; paritätisch hier im Sinne des Art. 1 Grundgesetz verstanden, also in gleichstarker und gleichmächtiger Besetzung.

Bei der Gründung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung im Herbst 2006 haben sich Deutschland und Polen die Lasten von € 55 Mio im Verhältnis von € 50 Mio und € 5 Mio geteilt; eine Vergleichsrechnung<sup>22</sup> zeigt, daß ein solches Verhältnis eine gleichgewichtige Besetzung der Gremien erlauben würde.

Das hier vorgeschlagene Studienzentrum Zwangsmigration ist wohlgerneht von den finanziellen Dimensionen her deutlich bescheidener als das Berliner Ausstellungszentrum.

### 13. Infrastruktur

Ein Studienzentrum Zwangsmigration ist zunächst angewiesen auf unmittelbare Konnektivität zu internationalen Wissenschaftsnetzen und hyperschnelle Datenübertragung für die neuen Multimedia-Anwendungen durch eine Einbindung in das Deutsche Forschungsnetz und sein Gigabit-Wissenschaftsnetz als die zentrale rechnergestützte Kommunikationsinfrastruktur für Wissenschaft, Forschung und Bildung in Deutschland.

Ein Studienzentrum Zwangsmigration ist zweitens angewiesen auf den Zugang zu einer Zentralbibliothek mit der Möglichkeit laufender Medienanforderung. Bei allen Problemen ostdeutscher Zentralbibliotheken, den Bestand 1945 bis 1990 rückwirkend auf international vergleichbare Standards zu bringen, steht doch außer Frage, daß seit der Fusion von Sächsischer Landesbibliothek und der Bibliothek der Technischen Universitäten Dresden zur Sächsischen Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden die SLUB alle Anforderungen an eine internationale Wissenschaftsbibliothek erfüllt. Mit fast neun Millionen Bestandseinheiten gehört sie zu den größten Bibliotheken in Deutschland und besitzt mit der Deutschen Fotothek einen Bildbestand von über zwei Millionen Bilddokumenten aus einer über 80-jährigen Sammlungsgeschichte.

Das Görlitzer Collegium PONTES<sup>23</sup> ist bereits direkt an die SLUB angebunden, so daß für das zu gründende Studienzentrum Zwangsmigration über die aufzubauende

---

<sup>22</sup> Eine Aufteilung 83/17 nach dem Verhältnis der Bruttoinlandsprodukte hätte einer Verteilung des Stiftungskapitals von € 45,65 zu € 9,35 Mio entsprochen, also nicht wesentlich anders.

<sup>23</sup> Einen Einblick in die Fülle der in den letzten Jahren in Görlitz forschenden internationalen Wissenschaftler bieten <http://kultur.org/cp/fellows-2002-20068> und für das laufende Jahr <http://kultur.org/thema-2009>.

Eigenbibliothek hinaus ein Zugriff auf die SLUB zu gleichen Konditionen wie für Forschungsinstitute in der Landeshauptstadt gegeben wäre. Durch mit überraschender Schnelligkeit voranschreitende Digitalisierung der europäischen Bibliotheksbestände hat ein Prozeß der Dezentralisierung von Forschungsarbeiten eingesetzt, der die Zentralisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts sinnvoll ausbalanciert und Forschen auch in der sog. Provinz immer leichter macht.

Mit der Oberlausitzischen Bibliothek der Wissenschaften und ihren gut 70.000 historischen Beständen vor 1850, darunter dem ältesten kirchenslawischen Druck überhaupt, verfügt Görlitz überdies über eine Schatzkammer für die Vorgeschichte der Migrationen, an denen das Schlesien des 16., 17. und 18. Jahrhunderts ja überreich ist. Quellen zur schlesischen Zwangsmigration 1945 ff. enthalten die Sammlungsbestände und die Bibliothek des Schlesischen Museums zu Görlitz in Trägerschaft der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaates Sachsen, der Stadt Görlitz und der Schlesischen Landsmannschaft.

Ein Sächsisch-Polnisches Studienzentrum Zwangsmigration ist drittens angewiesen auf funktionierende Tagungs- und Arbeitsstrukturen. Für die Görlitzer Forschungsatmosphäre möge ein Zitat von vielen aus einem Mail vom 28.03.2007 im Rückblick drei Jahre später stehen: „Ich denke immer wieder gerne an die Görlitzer Zeit. Es war eine Ausnahme.“

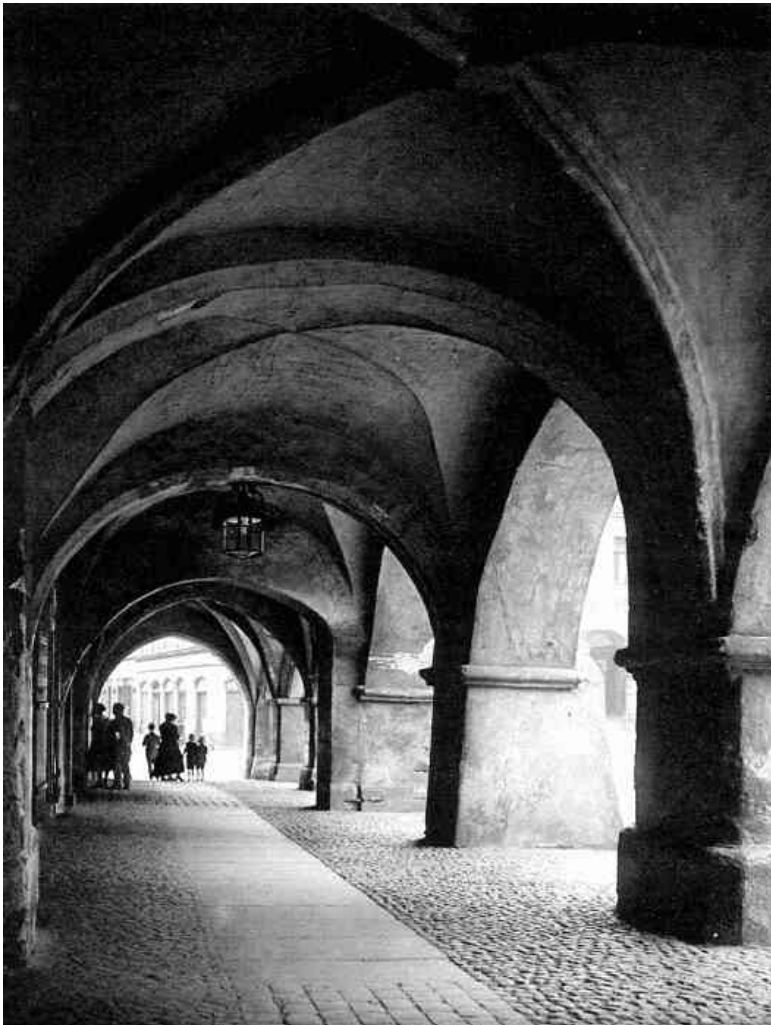


Abb: Görlitz - Arkaden am Untermarkt, über den die historische Via Regia lief.